Nummer 1 — 18. Jahrgang

Düsseldorf, 8. Januar 1916

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Zur Jahreswende.

II.

In der vorigen Nummer betonten wir, daß die militärische Lage für uns günstig und auch der Plan der Gegner, unser Volk durch eine systematische Aushungerung auf die Knie zu zwingen, gescheitert ist. Aber auch mit der Unterbindung der Rohstoffzufuhr hat England, haben unsere Feinde überhaupt, den beabsichtigten Zweck nicht erreicht. Der Reichskanzler konnte noch in seiner letzten Rede im Reichstag bezüglich unserer Rohstoffversorgung mit Genugtuung feststellen:

„Wir sind auf eine lange Dauer mit allem Nötigen versehen. Eine ganze Reihe von Stoffen, die wir vor dem Kriege nur aus dem Auslande bezogen, haben wir gelernt, selber zu erzeugen. Die dazu erforderlichen Fabriken sind in Betrieb. Von Metallen, hat man gemeint, könnte Kupfer knapp werden. Wenn wir auf das bereits verarbeitete, oder ersetzbare Kupfer zurückgreifen, haben wir für viele Jahre genug. Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Posten gefunden. Baumwolle bekommen wir jetzt auch über die Donau. Mit dem Gummi halten wir Haus, stellen mit bestem Erfolg künstlichen her und selbst, wenn er einmal knapp werden sollte, glaubt jemand im Ernst, uns durch Gummimangel niederdrücken zu können?"

So erwiesen sich also

die Absperrungsmaßnahmen unserer Feinde

auf verschiedenen Gebieten als ein Teil jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft. Sie gaben den Anlaß zu neuen Erfindungen und zu neuen Herstellungsmethoden, deren Bedeutung heute noch kaum abzusehen ist. Es kommt hinzu, wie die „Frankf. Ztg." dieser Tage mit Recht bemerkte, daß die Beweglichkeit der Industrie und ihre Fähigkeit, sich neuen Lagen und veränderten Absatzmöglichkeiten anzupassen, durch den Krieg eine neue gewaltige Schulung durchgemacht hat, die zweifellos auch im Frieden reiche Früchte tragen wird. Ferner kommen die Absperrungsmaßnahmen unserer Gegner in mancher Beziehung einer glänzenden Propaganda für die deutschen Exportartikel gleich: statt der erhofften Kaperung des deutschen Ausland-Absatzes war die Wirkung umgekehrt die, daß man in den feindlichen Ländern selbst und bei den Neutralen klar erkannte, wie notwendig man die deutsche Einfuhr brauchte und wie schwer diese zu ersetzen und nachzumachen sei und daß man überhaupt erst merkte, wieviel deutsche Waren man früher unter fremder Flagge gebraucht und gekauft habe.

Naturgemäß führt gegenwärtig die Unterbindung der Rohstoffzufuhr genau so zu allerhand Unannehmlichkeiten wie die Behinderung der Lebensmittelzufuhr. Soweit unsere Rohstoffvorräte nicht durch eigene Erzeugung oder durch Zufuhr von außen ergänzt werden können, müssen wir sie strecken. Das bekam im verflossenen Jahre vor allem

unsere Textilindustrie

zu fühlen. Sie ist ja in ihrer Rohstoffversorgung ganz vom Ausland abhängig. Da die Zufuhr unterbunden und Baumwolle von uns überhaupt nicht und Wolle, Flachs und Hanf nur in beschränktem Maße selbst erzeugt werden können, wurde eine vorsichtige Streckung der vorhandenen Vorräte zur unabweisbaren Notwendigkeit. Es galt vor allem den Heeresbedarf sicherzustellen. Zu dem Zweck ergingen eine Reihe Verordnungen, die einerseits eine geordnete Verteilung der Rohstoffe und andererseits eine Einschränkung der Produktion zur Folge hatten. Durch letztere wurde vor allem auch unsere Textilarbeiterschaft ganz empfindlich getroffen. Allerdings, ganz so schlimm wie wir befürchtet haben, ist es nicht geworden. Unsere Industrie konnte ihre Betriebe länger und in größerem Umfang aufrecht erhalten, als wir beim Erlaß der Verordnungen zu hoffen wagten. Das stellt ihrem Organisationstalent und ihrer Anpassungsfähigkeit ein gutes Zeugnis aus. Es gelang auch in ziemlich weitgehendem Maße, die überschüssigen Arbeitskräfte der Textilindustrie in die Kriegsindustrien überzuführen. Die Bereitwilligkeit mit der die Arbeiterschaft im allgemeinen die Unannehmlichkeiten, die mit jedem Berufswechsel und mit der vielfach nötig gewordenen Beschäftigung außerhalb des Wohnortes verbunden sind, auf sich nahm, verdient gewiß nicht minder Anerkennung. Mancherorts war man auch mit Erfolg bemüht, die weiblichen Arbeiter mit Näharbeiten für die Heeresverwaltung und dergl. zu beschäftigen. Endlich hat auch die zahlreich erfolgte Einberufung von Textilarbeitern zum Heeresdienst zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen.

Trotz alledem gehen in manchen Bezirken die

Arbeitslosenziffern

erheblich über das normale Maß hinaus. Schlimm sieht es speziell in den im elsässischen Operationsgebiet liegenden Textilorten aus. Immerhin trifft die Arbeitslosigkeit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Textilarbeiterschaft; die Masse wird mehr durch die zum Teil recht einschneidende Herabsetzung der Arbeitszeit resp. der Arbeitsstunden, sowie durch die Verringerung der zu bedienenden Stuhl- und Spindelzahl und durch die Verarbeitung von schlechterem Material getroffen. Alles das führt zu einer, bei der gegenwärtigen Teuerung doppelt empfindlichen Verminderung des Lohneinkommens. Unsere Arbeiterschaft leidet also außerordentlich stark unter den Kriegseinwirkungen. Da in absehbarer Zeit an eine Besserung in unserer Rohstoffversorgung nicht zu denken ist, sind die Aussichten für das neue Jahr recht trübe.

Trost und Hilfe bietet unserer Textilarbeiterschaft in dieser Situation die mehr und mehr einsetzende Erwerbslosenfürsorge. Das Reich hat in ziemlich weitgehendem Maße Unterstützung zugesagt. Auch eine Reihe von Bundesstaaten beteiligen sich an der Aufbringung der Mittel, so daß den Gemeinden im allgemeinen durch die Erwerbslosenfürsorge nur geringe, oder — wenn sie sich in finanzieller Bedrängnis befinden oder im Operationsgebiet liegen — überhaupt keine Kosten entstehen. Das berechtigt uns zu der Hoffnung, daß die Fürsorge im neuen Jahr auch dort, wo sie noch nicht besteht, in Angriff genommen und wo sie unzulänglich ist, weiter ausgebaut wird.

In dieser Situation kommt

die Bedeutung der gewerkschaftlichen Berufsorganisation

so recht zum Ausdruck. Was hat unser Verband im verflossenen Jahre nicht alles geleistet, um den in Not geratenen Textilarbeitern helfend unter die Arme zu greifen. Hunderten von Verbandsmitgliedern wurde unter direkter Mitwirkung der Organisation durch Ueberführung in andere Berufe oder durch Vermittlung von Näharbeiten und dergl. Arbeit und Verdienst geboten. Und wenn heute schon, und noch mehr in der nächsten Zukunft, viele Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln den erwerbslosen und erwerbsbeschränkten Textilarbeitern zufließen, so gebührt auch unserm Verbande hierfür ein großes Verdienst. Die wenigsten Verbandsmitglieder vermögen zu übersehen, was an persönlichen Verhandlungen mit der Reichsregierung, mit staatlichen und kommunalen Behörden, an schriftlichen Eingaben, an reger Mitarbeit in Konferenzen und Sitzungen notwendig war, um den heutigen Stand der Fürsorge für die erwerbslosen und erwerbsbeschränkten Textilarbeiter zu erreichen. Bekämen jene Mitglieder, die immer an den Leistungen des Verbandes herumkritisieren oder die gar der eingeschränkten Verbandsunterstützungen wegen die Beitragszahlung einstellten und dem Verband den Rücken kehrten, einen Einblick in die geleistete Arbeit, sie würden sich ihrer unbedachten und kurzsichtigen Handlungsweise schämen.

Auch im neuen Jahr harren unser auf dem Gebiete noch große Aufgaben. Noch befindet sich die Erwerbslosenfürsorge in manchen Bezirken sehr im Rückstand. Hier gilt's einzugreifen und deren Einführung oder Ausbau mit Energie und Nachdruck zu betreiben. Dazu bedürfen wir wiederum der Organisation. Das allein soll uns veranlassen, dem Verbande die Treue zu bewahren, gern und willig die nötige Verbandsarbeit zu leisten und die Beitragspflicht trotz der schwierigen Zeit gewissenhaft zu erfüllen. Dann wird der Verband auch in der Zukunft jedem Verbandsmitglied wirksamen Schutz und Hilfe spenden können.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag ist am 21. Dezember 1915 in die Weihnachtsferien gegangen. Seit Beginn seiner sechsten Kriegstagung, am 30. November, fanden lediglich fünf Vollversammlungen statt. Dagegen hatte der Hauptausschuß an 15 Tagen Doppelsitzungen von sieben bis acht Stunden Dauer. Daneben tagte der Wohnungsausschuß, der Ausschuß für Gewerbe und Handel, sowie der Ausschuß zur Beratung von Bittschriften und Eingaben. Als festes Ergebnis der bisherigen Verhandlungen kann festgestellt werden: Milderung des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand; Gesetze zur Kriegsbesteuerung der Reichsbank und ein Vorbereitungsgesetz zur allgemeinen Besteuerung der Kriegsgewinne; Nachtrag zum Reichshaushalt im Betrage von zehn Milliarden, zur Deckung von Kriegsausgaben; Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung; Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente aus der Invalidenversicherung; Erleichterung der Ansprüche und des Bezugs von Familienhilfe; Fortschritte in der Wohnungsreform.

Bei den Verhandlungen spielte die Frage einer besseren Organisation der Lebensmittelversorgung eine große Rolle. Zunächst wollte der Staatssekretär des Innern lediglich eine Erweiterung der Reichsprüfungsstelle zugeben, da eine selbständige Zentralstelle der Reichsverfassung widerspräche und den Bundesrat bei Seite schiebe. Schließlich einigte man sich auf folgenden Zentrumsantrag: „Beim Reichsamt des Innern ist eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu bilden; sie erhält auch das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. Der Zentralstelle ist ein Beirat von 15 Abgeordneten, die vom Reichstag gewählt werden, beigegeben; ihm muß alles einschlägige Material vorgelegt werden. Der Beirat hat das Recht der Initiative auf seinem gesamten Arbeitsgebiet und hat allwöchentlich zu tagen."

Die zuerst von Vertretern der verbündeten Regierungen erhobenen Verfassungsbedenken wurden fallen gelassen, jedoch der Antrag so ausgelegt, daß zwar die Zentralstelle und der Beirat jederzeit Anträge stellen könnten, diesen Anträgen aber nicht unter allen Umständen stattgegeben werden müsse. An den Sitzungen der Zentralstelle würden auch die Vertreter der Regierungen teilnehmen.

Dessenungeachtet ist die Errichtung der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung ein parlamentarischer Erfolg. Mitglieder des Reichstags können nunmehr die auf die Lebensmittelversorgung bezüglichen Anordnungen und Regierungsmaßnahmen kontrollieren; sie sind bei Erlaß neuer Verordnungen maßgebend beteiligt. Die Mitbeteiligung von Abgeordneten an den obersten Verwaltungsstellen erleichtert es auch der Bevölkerung, Klagen und Wünsche rechtzeitig an diese Stelle zu bringen. Manches wird so besser gemacht und geordnet werden können.

Die in manchen Bedarfsartikeln bestehende Knappheit und die dadurch hervorgerufene Preissteigerung wird auch die Zentralstelle nicht ganz beseitigen und aufhalten können. Es handelt sich hier um Kriegsfolgen. Die Einfuhr von Getreide und Futtermitteln ist beschränkt, da der Seeweg gesperrt ist. Bei den oben genannten Artikeln handelt es sich um rund 10 Millionen Tonnen, die uns fehlen. Nachdem der Weg nach dem Balkan und nach der Türkei, durch die Niederwerfung Serbiens wieder offen ist, kommen zwar größere Mengen von Getreide usw. aus den Donauländern zu uns herein. Die Verkehrsmittel sind jedoch beschränkt, da auch der Donauweg, der Stromverhältnisse wegen, nicht voll ausgenutzt werden kann. Da infolge Arbeitermangels und anderen Umständen die landwirtschaftliche Produktion nicht in voller Höhe steht, so werden wir nach wie vor mit unseren Lebensmitteln sparsam haushalten müssen. In Nr. 31 der „Nachrichten für Ernährungsfragen" wird gesagt, daß die behördliche Vermittlung und Verteilung allein nicht genüge; „kein Privater darf sich verleiten lassen, unter dem Eindruck der Gewohnheit oder in der falschen Meinung, daß die Gesamtorganisation seine indi-

viduellen Sünden unschädlich mache, seine Pflichten minder genau zu erfüllen". In der Gewissenhaftigkeit unseres haushaltens mit Getreide, Mehl und Brot dürfe man nicht nachlassen. Wir werden und müssen durchhalten, wenn wir nicht die Sklaven und Arbeitstiere der Engländer werden wollen. Das deutsche Volk hält es mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, der im Reichstag unseren Feinden ins Gesicht gesagt hat: Wir leiden lieber Not, als daß wir ertragen des Feindes Gebot.

Was die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung anlangt, so darf darauf verwiesen werden, daß auch im feindlichen Ausland, ja selbst in den vom Krieg nicht direkt berührten Ländern, die Lebensmittelpreise höher und höher geworden sind. Der Weizenpreis in England ist vom 1. Januar 1914 bis Oktober 1915 von 35 auf 69 Schilling gestiegen; die Kartoffeln von 50 auf 90 Schilling. In Frankreich ist das Kalbfleisch um 70, der Zucker um 43 und das Brot um 20 Prozent im Preise hoch gegangen. Von den Vertretern der Regierungen wurde darauf mit Nachdruck hingewiesen; die Verhältnisse liegen bei uns deshalb günstiger, weil die Preisbildung bis zu einem gewissen Grade durch behördliche Maßnahmen beeinflußt worden ist. Weiter ist unter Bereitstellung von Verkehrs- und Finanzmitteln die Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande gefördert worden. Auch erfolgt die Abgabe von Lebens- und Futtermitteln vielfach zu niedrigeren als den Gestehungspreisen. Reich, Staat und Gemeinde tragen die hieraus erwachsende Differenz aus öffentlichen Mitteln. Vom Reichstag wurde verlangt, daß den Minderbemittelten noch weiter entgegenzukommen sei; es wurde eine diesbezügliche Entschließung der Konservativen mit großer Mehrheit angenommen.

Im Hinblick auf die hohen Preise wurde in einer anderen Resolution gefordert, daß ein Teil der Unterstützungen an Kriegerangehörige in Naturalien gegeben werde, da diese durch die Gemeinden billiger beschafft werden können als von den einzelnen Bedürftigen. Kohlen usw. sollen zu niederen Preisen ebenfalls abgegeben werden. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, Reis und Hülsenfrüchte zu Preisen abzugeben, die die Inlandspreise für Waren derselben Art nicht übersteigen, wurde ebenfalls angenommen. Die der Zentraleinkaufsstelle daraus erwachsenden Verluste sollen durch das Reich gedeckt werden.

Weitere zahlreiche Entschließungen des Hauptausschusses, betreffend Brotgetreide und Mehl, Gerste, Malz, Hafer usw., Kartoffeln, Gemüse, Obst, Zucker, Eier, Milch, Butter, Fleisch usw. liegen vor; die Abstimmung darüber im Plenum des Reichstages aber steht noch aus. Es wird darüber später zu berichten sein.

Eine erfreuliche Tatsache ist, daß der Hauptausschuß des Reichstages einstimmig die Herabsetzung des Lebensalters auf 65 Jahre für den Bezug der **Altersrente** aus der Invalidenversicherung beschlossen hat. Vom Regierungstische aus wurden dagegen zwar finanzielle Bedenken erhoben. Die Ausführungen des Reichsschatzsekretärs, Dr. Helfferich, waren aber so, daß man die Zustimmung der verbündeten Regierungen erwarten kann. Er betonte daß die fürs Reich in Frage kommenden Mehraufwendungen, etwa fünf Millionen Mark jährlich, an sich nicht so hoch wären. Im Hinblick aber auf die übrigen großen Lasten wäre eine Hinausschiebung dieser Reform erwünscht. Von Abgeordneten wurde dagegen erwidert, daß, nachdem die Durchführungsmöglichkeit der längst in Aussicht genommenen Reform auch vom Staatssekretär nicht bestritten worden sei, sie jetzt durchgeführt werden müsse. Verschiedentlich trat auch die Auffassung hervor, es wäre wichtiger und dringender, die Renten für die Witwen und Waisen unserer Krieger zu erhöhen und die Invalidenversicherung nach der Richtung hin auszubauen. Ein diesbezüglicher Antrag liegt bereits vor; er will den Waisen eine um die Hälfte höhere Rente gewähren, als bisher; ebenso den Witwen. Ein Zentrumsantrag wirft auch die Frage auf, wie die Krankenkassen für ihre Mehraufwendungen im Kriege entschädigt werden könnten. Die weiteren verschiedenen Anträge werden schließlich zu einer Umgestaltung und Verbesserung der Versicherungsordnung führen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben im Falle der Bedürftigkeit die Kriegerfamilien Anspruch auf die **Familienunterstützung**, 15 M. monatlich die Frau und 7.50 M. jedes Kind. Um nun die Klagen über ungerechtfertigte Abweisungen durch die unteren Behörden zu beseitigen und Demütigungen der Gesuchsteller auszuschließen, wurde im Reichstag ersucht, eine Einkommensgrenze festzusetzen, innerhalb deren jedem Anspruchsberechtigten die Unterstützung zu geben ist. Nach eingehenden Beratungen einigten sich die Fraktionen mit den verbündeten Regierungen auf folgende Bestimmung: Familienunterstützung wird gewährt, wenn nach der laufenden **Steuerveranlagung** das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E 1000 M. und weniger, in den Orten der Tarifklassen C und D 1200 M. und weniger und in den Orten der Tarifklassen A und B (das sind die großen Städte) 1500 M. und weniger beträgt. Der Anspruch besteht nicht, wenn der zum Militärdienst Eingezogene an seinem Einkommen keinen Ausfall erleidet.

Die Prüfung der letzteren Frage, wie auch die Festlegung der Einkommensgrenze nach dem Steuersatz wird zu neuen Klagen der Berechtigten führen. Es soll deshalb vom Bundesrat angeordnet werden, daß die Aufsichtsbehörde in geeigneten Fällen die Zahlung der Unterstützung veranlaßt. Dies wird geschehen. S. P.

Fürsorgemaßnahmen der Stadt Mülhausen (Elsaß).

II.

Ein scharfer Meinungsaustausch fand im Gemeinderat über die von der Verwaltung vorgenommene Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung statt. Der Beamte unseres Verbandes, Gemeinderatsmitglied Bilger nahm von vornherein gegen diese Anrechnung auf die städtische Unterstützung Stellung. Seiner Initiative entsprang auch ein entsprechender Antrag der Zentrumsfraktion. Gegen diesen Antrag auf Nichtanrechnung der Gewerkschaftsunterstützung wandten sich sowohl die Verwaltung als auch die übrigen Fraktionen, einschließlich der sozialdemokratischen. Schließlich wurde ein Vermittlungsvorschlag angenommen, wonach gewerkschaftliche Unterstützungen bis zu 3 M. unberücksichtigt bleiben und solche über 3 M. nur zur Hälfte in Anrechnung kommen.

In Berücksichtigung der durch die Teuerung geschaffenen schwierigen Lage ist man im Sommer d. Js. dazu übergegangen, über die gewährten Unterstützungen und Mietszuschüsse hinaus noch Gutscheine für Milch und je nach Bedarf, solche für Kleidungsstücke und Schuhe abzugeben.

Genau nach der Art der Unterstützungsmaßnahmen für die Arbeitslosen, werden von der Stadt auch die Familien der Kriegsteilnehmer unterstützt. In den Zuschüssen zur Reichs-Familien-Unterstützung ist eigentlich ein großer Teil Arbeitslosenunterstützung einbegriffen. Denn Arbeitslose, die Kriegsunterstützung erhalten, brauchen sich nicht mehr an die Arbeitslosenfürsorge zu wenden, da sie ja die gleichen Zuwendungen genießen, außerdem sind sie nicht der täglichen Kontrolle unterstellt.

Die verausgabten Unterstützungssummen stellen sich für den Zeitraum eines Jahres (1. Okt. 1914 bis 1. Okt. 1915) folgendermaßen:

Arbeitslosenunterstützung	133 849,41 M.
Mehrleistung zur Reichs-Familien-Unterstützung	555 382,35 M.
Zusammen:	684 231,76 M.

In derselben Zeit sind außerdem für Armenunterstützungskosten noch 989 945,91 M. verausgabt worden. Die Kosten dieser Abteilung beliefen sich in normaler Zeit auf durchschnittlich nur 300—400 000 M. Das enorme Plus der Ausgaben dieser Abteilung ist zweifellos auch größtenteils als Kriegsfürsorge zu bewerten. Mithin kann man die Gesamtausgaben der von der Stadt Mülhausen geleisteten Kriegsunterstützungen auf die gewaltige Summe von 1 674 177,67 M. beziffern.

Nachträglich sind auch die beschränkt arbeitenden Personen in die Fürsorge einbezogen worden. Ihre Unterstützung wird nach denselben Grundsätzen berechnet. Billigerweise wird bei Berechnung der Unterstützung das Arbeitseinkommen nur teilweise angerechnet. Bei Alleinstehenden sind es 50 Prozent und bei Familienernährern 25 Prozent des Bedarfssatzes, die vom Arbeitsverdienst bei der Anrechnung des Einkommens frei bleiben. Einer alleinstehenden Arbeiterin z. B., die monatlich noch 20 Mark verdient, würden nur 6 Mark als Einkommen berechnet und die Differenz bis zu ihrem Bedarfssatz (28 M.) mit Unterstützung und Mietszuschuß ergänzt. Durch diese Handhabung kommt dem Arbeitenden ein Teil seines Einkommens wirklich zugute und wird der Anreiz zur Arbeit zweifellos gefördert.

Infolge der Erhöhung der Reichsunterstützung für Kriegerfamilien ab 1. November v. Js. hat die Stadt Vorsorge getroffen, daß das Existenzminimum nach Maßgabe dieser Erhöhung ebenfalls heraufgesetzt wird (für die Frau 3 M. und für jedes Kind 1,50 M.). Den Angehörige der Kriegsteilnehmer kommt so die erhöhte Reichsunterstützung faktisch zugute. Bei der Arbeitslosenunterstützung führt aber diese Erhöhung des Existenzminimums mit Notwendigkeit zu einer Erhöhung der Unterstützungssätze, da ohne eine solche die Erhöhung des Bedarfssatzes für die Unterstützten keinen praktischen Wert hätte. Es wurde daher der Unterstützungszusatz für ledige Personen von 60 auf 80 Pfennige und für Familienernährer von 0.80 M. auf 1.— M. festgesetzt. Bei Anwendung der eineinhalbfachen Sätze können sich jetzt die Unterstützungen ohne den Mietszuschuß auf 1,20 Mark bezw. 2,55 Mark pro Tag stellen.

In dieser Art der Arbeitslosenunterstützung erschöpft sich aber die Fürsorgetätigkeit der Stadt keineswegs. Durch umfangreiche Notstandsarbeiten wird einem großen Teil der männlichen Arbeitslosen Verdienst geboten. So wurden im letzten Winter 1914/15 Arbeiten im Gesamtbetrag von 64 161 M. bewilligt, worin für 31 180 Mark Arbeitslöhne einbegriffen waren. Für den Winter 1915/16 weisen die Gesamtkosten der bewilligten Arbeiten 134 885 Mark auf, in denen für Arbeitslöhne 87 235 Mark enthalten sind. Weiter sind für zweckmäßige Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für etwa 68 000 Mark landwirtschaftliche Arbeiten unter der Leitung des städtischen Gartenbaudirektors vorgesehen. Vom Tiefbauamt sind noch weitere Notstandsarbeiten in Aussicht genommen. Die weiblichen Arbeitslosen werden durch städtische Vermittlung mit der Anfertigung von Sandsäckchen für den Heeresbedarf und sonstigen Näharbeiten für die städtische Liebesgabenstelle beschäftigt, wobei sie zum Teil ganz anständigen Verdienst finden.

So hat denn die Stadt Mülhausen ihre Kriegs- und Arbeitslosenfürsorge in weitsichtiger und von sozialem Verständnis zeugenden Weise ausgebaut. Berücksichtigt man die eingangs geschilderten schwierigen Verhältnisse, so verdient das Geschaffene wirklich alle Anerkennung. Mülhausen kann sich bezüglich seiner Leistungen auf dem Gebiete neben jeder deutschen Großstadt sehen lassen.

Allgemeine Rundschau.

Unternehmer und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", das Zentralblatt Deutscher Arbeitgeberverbände, wendet sich in ihrer Nr. 50, 1915, mit auffallender Heftigkeit gegen gemeinsame Beratungen mit den Arbeiterorganisationen. Veranlassung dazu bietet dem Unternehmerblatt die von den Arbeitern als selbstverständlich betrachtete und von den Behörden als wertvoll anerkannte Mitarbeit der Gewerkschaften in der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Arbeitgebersprachrohr betont zwar immer wieder das Wohlwollen der Unternehmer gegenüber den Kriegsverletzten, aber daß über deren Los „gemeinsam beraten" werden soll, das wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Da wird eine lange Reihe von Einzelfragen der Kriegsverletztenfürsorge nacheinander aufgeführt, bei denen die Arbeiter auch etwas mitzusagen haben wollen; im Anschluß daran entringt sich der Arbeitgeber-Zeitung mit deutlichem Seitenblick auf die in Betracht kommenden Behörden der zornige Ausruf: „. . . und immer und überall sollen die Vertreter der genannten Gewerkschaften Sitz und Stimme haben." Das ist der Arbeitgeber-Zeitung ein unerträglicher Gedanke. Sie reklamiert für die Unternehmer das alleinige und unbeschränkte Recht, die Unterbringung und Entlohnung der Kriegsverletzten nach ihrem Gutdünken zu regeln. Es sei die selbstverständliche und hundertmal betonte Ehrenpflicht der Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten in ihrem Fortkommen zu unterstützen:

„Aber dieser Ehrenpflicht wollen und werden sich die Arbeitgeber allein unterziehen, ohne daß es dazu irgendwelcher Kommissionen, gemeinsamer Beratungen oder sonstigen Beiwerks bedarf."

Das ist wenigstens offen und deutlich gesagt, was die Kreise der Arbeitgeber-Zeitung erstreben: Ganz allein nach ihrem Befinden, ohne jede Beeinflussung und Kontrolle von außen, wollen sie über das Los der Kriegsbeschädigten entscheiden. Daß die Profitinteressen des Unternehmertums den Angelpunkt dieser Gedankengänge bilden, kommt in dem Artikel ebenfalls recht deutlich zum Ausdruck. Es fehlt zwar nicht an der Versicherung, daß den Kriegsinvaliden ein guter und gerechter Lohn ohne Rücksicht auf die Rente zuteil werden soll; aber was ein guter und gerechter Lohn ist, darüber soll allein der Unternehmer zu entscheiden haben. Das ist es, was nicht nur die Kriegsverletzten, sondern die gesamte Arbeiterschaft zur schärfsten Wachsamkeit anspornen muß. Sucht die Arbeitgeber-Zeitung doch schon jetzt nach Gründen, die eine geringere Entlohnung der Kriegsrentenempfänger rechtfertigen sollen. Sie schreibt nämlich:

„Leicht gesagt, im Akkordlohn müsse sich erweisen, was der Invalide zustande bringt! Wenn er aber die gleiche Menge an Ware, die ein gesunder Arbeiter in drei Tagen fertigstellt, erst in fünf Tagen zuwege bringt, so kann sein Akkordlohn unmöglich auf die gleiche Höhe des andern gesetzt werden, denn dem Fabrikanten kommt diese in fünf Tagen fertiggestellte Ware natürlich erheblich teurer zu stehen als das in der kürzeren Zeit fertiggestellte Produkt."

Das eröffnet ja recht nette Aussichten. Im Interesse des Burgfriedens und der sozialen Verständigung ist diese Stellungnahme des Unternehmerorgans bedauerlich. Hoffentlich findet sie in den maßgebenden Kreisen keinen Anklang. Die Gewerkschaften ihrerseits werden schon dafür sorgen, daß die Pläne der „Arbeitgeber-Zeitung" keine Verwirklichung finden.

Krankengeld nur für fünf statt für sechs Tage.

Laut § 182 der Reichsversicherungsordnung sind die Krankenkassen verpflichtet, im Falle der Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, für jeden Arbeitstag Krankengeld zu gewähren. Bekanntlich wird nun gegenwärtig in der Textilindustrie im allgemeinen nur fünf Tage und weniger gearbeitet. Der Umstand hat nun einige Krankenkassen, so die Ortskrankenkasse in Ostritz, sowie die Betriebskrankenkassen der dortigen Firmen S. Heymann, Seidenweberei, und Norddeutsche Jutespinn- und Weberei, veranlaßt, den erkrankten Arbeitern statt für sechs, nur für fünf Tage Krankengeld auszuzahlen. Wir müssen gestehen, daß das eine recht merkwürdige und keinesfalls dem Willen des Gesetzgebers entsprechende Auslegung des erwähnten Paragraphen ist. Das Wort Arbeitstag soll lediglich den Gegensatz zu den gesetzlichen Feiertagen ausdrücken, für die Krankengeld nur bezahlt werden kann, aber nicht bezahlt werden muß. Für jeden Wochentag, der im allgemeinen als Arbeitstag gilt, ist Krankengeld zu gewähren.

Die betreffenden Krankenkassen stützen sich nun auf eine angebliche diesbezügliche Erklärung des Oberversicherungsamtes in Bautzen. Auf eine Anfrage unseres Kollegen Voigt-Dresden, bestritt dieses, eine Aeußerung getan zu haben, die die genannten Kassen zu ihrer Auffassung berechtige. Wohl habe das Oberversicherungsamt die „Anordnung" eines Versicherungsamtes, daß auch für den arbeitsfreien Werktag Krankengeld zu zahlen sei, aus „formellen" Gründen aufgehoben, da Streitigkeiten über die Leistungen aus der Krankenversicherung im Spruchverfahren zu entscheiden seien.

Selbstverständlich werden die Arbeiter, wenn nötig, den Rechtsweg beschreiten, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Sollte man anderwärts ebenso wie die genannten Ostritzer Kassen verfahren, so mögen sich auch dort die Arbeiter zur Wehr setzen.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Die optische Werkstätte von Karl Zeiß in Jena, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, läßt ihre Geschäftsangehörigen bekanntlich nach einem von dem Begründer der Karl Zeiß-Stiftung, Professor Ernst Abbe, aufgestellten System an dem von der Firma erzielten Gewinn teilnehmen. Es geschieht dies in der Form einer Lohn- und Gehaltsnachzahlung am Schluß des Jahres vor Weihnachten. Die höchste Nachzahlung betrug bisher 10 Prozent. Im vorigen Jahre ist eine Nachzahlung unterblieben. Nunmehr hat die Geschäftsleitung mitgeteilt, daß sie für das Geschäftsjahr 1913/14 und 1914/15 eine Lohn- und Gehaltsnachzahlung von je 6 Prozent gewährt. Da es sich um eine Nachzahlung auf die gesamten Jahresverdienste handelt, so kommt bei der großen Zahl der Beschäftigten (Beamte und Arbeiter) eine Summe in Frage, die sich nach Angabe eines Lokalblattes auf etwa 2½ Millionen Mark beziffert. Bemerkenswert ist, daß die Kriegsteilnehmer, die vor dem 1. August 1914 im Dienste der Firma gestanden haben, an der Lohn- und Gehaltsnachzahlung voll teilnehmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie seit Kriegsausbruch bei der Firma beschäftigt gewesen sind. Bei Berechnung ihres Anteils wird der wirklich von ihnen verdiente Lohn oder Gehalt um den Betrag erhöht, den sie bei normaler Arbeitszeit verdient hätten, wenn sie während der Dauer des Heeresdienstes in der Firma beschäftigt gewesen wären. Dieser Berechnung wird der Durchschnittsverdienst des Jahres 1913/14 zu Grunde gelegt. Bei den im Krieg Gefallenen wird die Zeit bis zum 30. September 1915 berücksichtigt. Die Anteile der zum Heeresdienst Einberufenen werden, soweit sie nicht persönlich andere Verfügung treffen, als Sparguthaben bei der Fabriksparkasse angelegt. Erben von im Krieg Gefallenen haben auf die erhöhten Anteile ihrer Erblasser nur Anspruch, wenn sie zu den nach dem Pensionsstatut versorgungsberechtigten Hinterbliebenen gehören. Im übrigen beschränken sich ihre Ansprüche auf die ihrem Erblasser statutenmäßig zustehenden Anteile.

Zum Ablauf der Tarifverträge im Baugewerbe.

Der im Jahre 1913 abgeschlossene Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe läuft am 31. März 1916 ab. Man wird es allgemein mit Genugtuung begrüßen, daß die Regierung schon frühzeitig der Angelegenheit nahe getreten ist und ihre Vermittlung anbietet, um eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. Vom Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück ist den beteiligten Organisationen unterm 19. November folgendes Schreiben zugegangen:

„Mit lebhafter Anteilnahme habe ich die Entwicklung der Verhältnisse unter dem geltenden Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, der in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung gewonnen hat, verfolgt. Gegenstand meiner ernsten Aufmerksamkeit ist nunmehr der Ende März 1916 bevorstehende Ablauf des Vertrages. Es liegt meines Erachtens im öffentlichen Interesse, daß der Eintritt einer tariflosen Zeit vermieden wird. In der sicheren Erwartung, mit dieser Ansicht bei Arbeitgebern und Arbeitern des Baugewerbes Zustimmung zu finden, glaube ich, daß die beiderseitigen Verbände bereit sein werden, mitzuwirken, um dieses Ziel zu erreichen. Zunächst wäre es mir von Wert, zu erfahren, ob bei den beteiligten Verbänden bereits Schritte eingeleitet worden sind, um dem mißlichen Zustand der Tariflosigkeit vorzubeugen, und was etwa auf diesem Gebiete geschehen ist. Jedenfalls halte ich es für unbedingt erforderlich, daß alsbald jeder Verband für sich zu der Frage Stellung nimmt, ob er zur Teilnahme an Verhandlungen der bisherigen Vertragsparteien über eine Verlängerung oder Erneuerung des Tarifvertrages bereit ist. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen erbitte ich eine Mitteilung und behalte mir ergebenst vor, wenn nötig, gemeinsame Verhandlungen der Parteien zu einem geeigneten Zeitpunkt anzuregen."

Wie die „Baugewerkschaft" (Nr. 49, 1915) mitteilt, hat der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter in seiner Antwort an den Staatssekretär zum Ausdruck gebracht, daß er die Erneuerung des Vertrages wünscht und zu Verhandlungen bereit ist. Zu Einzelheiten würde er demnächst Stellung nehmen. Nach Mitteilungen der „Arbeitgeber-Zeitung" hat der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe im gleichen Sinne geantwortet. — An die Organisationen im Malergewerbe, wo die Tarifverträge ebenfalls ablaufen, ist der Staatssekretär des Innern mit dem gleichen Vermittlungsvorschlag herangetreten. — Die Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffene allgemeine Lage unseres gewerblichen Lebens läßt es zur Zeit doppelt wünschenswert erscheinen, daß die Tariffrage fürs Baugewerbe auf friedliche Weise durch gegenseitige Verständigung gelöst wird.

Die „billigen" Schuhe ohne Leder.

Man schreibt uns: Wir halten es für zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß gegenüber der äußerst nachhaltigen Reklame für Schuhe ohne Leder doch eine gewisse Vorsicht zu üben ist, wenn man vor Schaden bewahrt bleiben will. Wer schon infolge der hohen Preise für Lederschuhe gezwungen ist, Ersatzschuhwerk zu kaufen, tut am allerbesten, sich entweder mit reinen Holzschuhen oder Galloschen (Oberleder oder Stoff mit Holzsohlen) zu versehen. Alle in den höchsten und schönsten Worten gehaltenen Lobpreisungen anderer Ersatzschuhwaren sind nur auf die Spekulation berechnet und haben meist Preise, die denen der Lederschuhwaren sehr nahe kommen und die entschieden zu hoch sind. So u. a. auch die in den Helleraner Kunstwerken hergestellten Holz-Segeltuchschuhe. Die Fachzeitung „Die Lederindustrie" hat sich ein solches Musterpaar kommen lassen und beschreibt nun dasselbe. Der Preis dieses Paares ist 8,80 M., einschließlich Porto 9,55 M., also ein in jeder Hinsicht sehr hoher, zumal nur Segeltuch und Holz verwendet ist. Die Sohle ist an der vorderen Hälfte durchschnitten, um eine gewisse Elastizität zu erzielen. Dadurch aber schafft man der Feuchtigkeit und der kalten Luft ungehindert Zutritt. Bei feuchtem Wetter sind diese Stiefel im Freien überhaupt nicht zu tragen. Kommt Sand, Kies oder Straßenschmutz in den Riß, so gehen die Sohlen nicht mehr zusammen, und der Träger dieses Schuhwerks kann sehen, wie er nach Hause kommt. Auch eine Reihe anderer Mängel hebt das genannte Fachblatt hervor, Mängel, die nicht nur der Fachmann als richtig anerkennt, sondern die auch jedem Laien einleuchten. Und bei alledem der sehr hohe Preis. Wie dieses eine Produkt, so sind es sicherlich viele andere. — Daher Vorsicht und genaue Prüfung beim Einkauf.

Zum gleichen Gegenstand schreibt noch die Deutsche Lederarbeiterzeitung, Organ des christlichen Lederarbeiterverbandes: Wenn man manche Anpreisungen von Schuhen aus Stoff und Holz aus letzter Zeit liest, wobei die Leistungen der betreffenden Fabriken besonders hervorgekehrt werden, so sollte man meinen, es handle sich um Stiefel, die auch dem verwöhntesten Geschmack vollkommen Rechnung trügen. So ist es aber nicht, denn es bleiben eben Ersatzmittel, und z. T. solche von recht zweifelhafter Art, lediglich darauf berechnet, die Situation auszunützen, und ein gutes Geschäft zu machen.

Aus unserer Industrie.

Zur Einschränkung der Arbeitszeit.

Nach der „Köln.-Ztg." hat die Barmer Handelskammer erneut über die Frage der Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie verhandelt. Anknüpfend an die wiederholten Bemühungen der Kammer, erleichternde Ausnahmen von dieser Verordnung durchzusetzen, wurde über damit verwandte Anträge der niedersächsischen Handelskammern unter Führung der Handelskammer Hannover und der Handelskammer Osnabrück berichtet und von dem Berichterstatter Rosenbaum empfohlen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen. Die Anträge zielen darauf hin, die Arbeitszeit nicht auf fünf Tage in der Woche zu beschränken, sondern sie auf alle sechs Wochentage so zu verteilen, daß die Industrie dabei an Heizungs- und Beleuchtungskosten sparen kann und außerdem manche andere Unzuträglichkeiten, die sich jetzt aus der völligen Arbeitsruhe Samstags ergeben, beseitigt würden. An Beispielen wies der Berichterstatter nach, daß die amtliche Kontrolle über die Einhaltung der Verordnung sich auch dabei ebenso leicht würde durchführen lassen. Die Handelskammer beschloß, sich unter Hinweis auf ihre eigenen ältern Anträge dem neuen Vorgehen der niedersächsischen Handelskammern anzuschließen. (Wir kommen in der nächsten Nummer auf diese Angelegenheit zurück. D. Red.)

Der Ihrige.

Novelette von Henriette Brey.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Die Nähstina sah ihn von der Seite an. „Aber Philipp, so 'n großer, starker Bursche wie du muß sich doch freuen, gegen den Feind zu kommen! Es ist doch etwas Großes und Herrliches, das Vaterland, die Heimat verteidigen zu dürfen!"

„Heimat?" höhnte er bitter. „Hab' nie eine Heimat gehabt. Keiner fragt nach mir, ob ich lebe oder sterbe. Keiner! 's ist ein Hundeleben! Wenn ich auf 'm Bremmenhof geblieben wär', vielleicht, daß die Bäuerin mal an mich gedacht hätte, sie war 'ne gute Frau. Aber sonst . . ."

„Du wohnst nicht mehr beim Bremmenbauer?"

„Nee, schon 'n halb Jahr nicht mehr; hab' seinen Jungen verhauen! Seitdem war ich da und dort in Taglohn, aber jetzt ist keine Arbeit mehr. Hab' schon fünf Nächte in der leeren Ziegelhütte geschlafen."

Schweigend schritten sie dahin. Es war inzwischen dunkel geworden.

„Vergiß das jetzt alles, Philipp", sagte Stina endlich mitleidig. „Denk' dran, daß das Vaterland dich ruft. Es ist in Not, es braucht dich!"

„Du hast gut reden, Mädchen", knurrte er.

„Wenn man gehen muß und keiner kümmert sich um einen . . ." Er starrte vor sich hin. „Wenn meine Mutter noch lebte, wär's anders. Dann hätte ich einen Halt und ein Heim gehabt, einen, der für mich sorgte, und dann" — seine Stimme schwankte etwas — „dann wär' ich auch wohl ein anderer Mensch geworden . . . kein Dorflump! Aber ich bin ja mutterseelenallein . . ." Er biß die Zähne zusammen.

In Stinas Herzen stieg ein heißes Mitleid auf.

Ein Gedanke durchzuckte sie . . . Ja, hier war ihre Aufgabe, die heilige Tat fürs Vaterland, die sie tun mußte!

Sie blieb stehen. „Philipp", sagte sie mit bebender Stimme . . . „ich bin ebenso mutterseelenallein wie du, armer Junge. Philipp, wenn's dir recht ist, will ich für dich sorgen und alles tun, was eine ältere Schwester für ihren Bruder, der draußen ist, tun kann. Das kannst du ruhig annehmen, ich bin ja zwölf, fünfzehn Jahre älter wie du, und hab' auch für keinen zu sorgen. Nur mußt du brav und gut werden und alle Rachsucht fahren lassen, und des Kaisers braver Soldat werden."

Er starrte sie an — ungewiß, zweifelnd. Dann ergriff er ihren Arm und schüttelte ihn: „Mädchen, hüte dich! . . . Ich lass' mich nicht zum Narren halten!" zischte er wütend.

„Aber wer spricht davon, dummer Bub? Das ist mir doch ernst. Ich will auch meinen Soldaten im Feld haben!" rief Stina jetzt fröhlich. „Wirst schon sehen: bis du gehst, hab' ich dir warme Sachen genäht und mach' dir ein schönes Paketchen zurecht. Und im Feld kriegst auch deine Pakete von mir, sollst nicht zurückstehen vor anderen."

Da atmete der schwarze Philipp schwer. Ein paarmal schluckte er, dann sagte er leise mit tiefem Seufzer: „Stina, du bist . . . bist doch 'n Prachtmädel! Hast das Herz auf dem rechten Fleck. Und 'n Schuft will ich sein, wenn ich dir das vergess'! Ich will ein braver Kerl werden, das versprech' ich dir, sollst keine Schande von mir haben."

Er drückte ihr die Hand fast entzwei.

„So ist 's recht", sagte Stina gerührt. „Und morgen gehst erst zur Kirche und machst deine Sach' mit 'm Herrgott in Ordnung!"

Er ließ ihre Hand los und zog ein finsteres Gesicht.

„Nein, Ordnung muß sein!" bestimmte Stina fest. „Den Segen Gottes kannst du wohl brauchen. Und dann wird ein Strich gemacht unter das bisherige Leben und ein neues, tapferes, braves Leben angefangen . . . So, hier bin ich zuhause! Also übermorgen kommst du deine Sachen holen. Gute Nacht, Philipp."

„Stina", stammelte der Bursche, das vergelt dir Gott, was du dem verachteten Dorflumpen tust! Nun geh' ich gern! Und — sollt' mich eine Kugel treffen: du wirst dann auch ein Vaterunser für mich beten."

Rasch verschwand er im Dunkel des Abends.

* * *

Die Nähstina ging in den nächsten Wochen nicht mehr mit gesenktem Kopf. Sie war wie umgewandelt, teilnehmend, geschäftig, fleißig, hülfsbereit wie noch nie. Sie hatte ja auch „einen da draußen", der sie anging, der niemand in der Welt hatte als sie!

Briefe flogen zu ihr, von „dem Ihrigen". Briefe voll Dank und Rührung und voll tapferen guten Willens. Offene Karten, die jeder lesen konnte, schrieb der Philipp in einem seltenen Zartgefühl niemals. Die Nähstina sollte sich nicht schämen müssen, weil sie zu dem Dorflumpen hielt! Und unwillkürlich hatte auch das Mädchen mehr aus angeborener Scheu, von sich reden zu machen, als weil sie sich des armen Menschen schämte, das erste Paket ins Feld im nächsten Städtchen aufgegeben.

Nun aber warf sie den Kopf in den Nacken und schritt frank und frei mit ihrem Paket durchs Dorf zum Postschalter, just zur Zeit, wo gewöhnlich auch andere Frauen da waren. Neugierig sah Liesbeth Falk ihr über die Schulter. Verblüfft las sie die Adresse und starrte die Absenderin an — dann ein Tuscheln mit den andern. Ein paar spöttische Bemerkungen fielen. „Der Dorflump! Die Nähstina schickt dem Dorflumpen was!"

Die Stina gab sich einen Ruck und sagte fest: „Ja dem Philipp Lermer schick ich was! Weil er sonst keinen hat in der Welt! Hat's schlecht genug bei uns gehabt, der arme Junge. Das ist kein Lump, sondern ein braver Kerl, der auch zu den tapferen Helden gehört, die für uns kämpfen und bluten. Und wer ihn noch jetzt Dorflump nennt, der soll sich schämen!"

Betreten schwieg alles. Keiner wagte zu lächeln. Dann sagte eine junge Frau: „Die Stina hat recht, sie ist ein braves Mädchen und tut ein gutes Werk damit. Der Philipp setzt ebenso gut sein Leben für uns ein, wie dein Fritz, Lisbeth, und wie mein Albert!"

Einen Augenblick standen die andern beschämt, dann stimmten sie alle eifrig zu, und für den schwarzen Philipp hatte plötzlich jeder ein Wort der Teilnahme und des Mitleids.

Und bald fanden alle im Dorf, daß sie ihm Unrecht getan hatten. Das sollte alles anders werden! Und wenn der Krieg erst zu Ende war, dann würde mehr als eine Heimstätte ihm offen stehen.

Die Nähstina aber fuhr fort, mütterlich für ihren Schützling zu sorgen. Und als er ihr überglücklich meldete, daß er für eine kühne Tat das Eiserne Kreuz erhalten habe, da war auch sie stolz und glücklich.

Und dann kam ein Tag — da saß die Nähstina in ihrem Stübchen und hielt einen Brief in der Hand — einen Brief von fremder Hand! „Ihr Soldat" hatte den Heldentod erlitten fürs Vaterland! Und seine letzten Grüße standen darin. Der Geistliche des Feldlazarettes, der ihm in seinen letzten Stunden beistand, hatte ihn geschrieben.

„. . . Im Frieden mit Gott ist er gestorben, freudig sein Leben fürs Vaterland opfernd. In abgebrochenen Worten, so gut es seine Schmerzen zuließen, hat der Arme mir kurz sein Leben erzählt. Welch ein hartes Schicksal! Welch gute Anlagen waren hier durch Unverstand und Lieblosigkeit verkümmert. Und was Sie für den Verachteten, Ausgestoßenen getan haben, hat er mir mit Tränen und in heißer Dankbarkeit erzählt. Sie hätten einen besseren Menschen aus ihm gemacht! Er sterbe gerne, denn nun sei das Opfer seines Lebens nicht zwecklos. Er läßt Ihnen durch mich noch einmal innig danken. Sie möchten seiner Seele gedenken! Gott würde Ihnen alles lohnen . . ."

Längst hatte die Nähstina den Brief zu Ende gelesen, aber sie saß noch immer still und unbeweglich da. Sie weinte — und sie schämt sich der Tränen nicht.

Er war tot, der arme Philipp und bedurfte ihrer nicht mehr! Ihre Aufgabe war vollendet.

Er war gestorben als Held und als Christ! . . . Sie hatte ihn betreut, ihn ermutigt, ihn mit seinem Schicksal ausgesöhnt, für ihn gesorgt — jetzt blieb ihr nur noch eins für ihn zu tun übrig: und sie faltete die Hände zu einem stillen Gebet für den fernen Toten in fremder Erde.

Das Spinn- und Webstoffgewerbe im Monat November.

Die sächsischen Baumwollspinnereien berichten über einen weiteren Rückgang des Beschäftigungsgrades wegen des Spinnverbots und wegen Ausbleibens von Heeresaufträgen. Das gleiche gilt auch für die schlesischen Spinnereien. Auch seitens der bayerischen Baumwollspinnereien und -webereien werden die Arbeitsverhältnisse für schlechter als im Vormonat erklärt und der Rückgang auf die abnehmenden Heeresaufträge zurückgeführt.

Die Baumwoll-Weiß- und Buntwebereien haben in Süddeutschland gleichfalls einen Rückgang zu verzeichnen, in Schlesien keine Veränderung.

Die sächsischen Vigognespinnereien sind verschiedentlich weniger befriedigend beschäftigt. Lohnerhöhungen sind, wie berichtet wird, auch in dieser Industrie vorgenommen worden.

Hinsichtlich der Kammgarnindustrie wird keine Veränderung verzeichnet.

Die Tuchherstellung hat im allgemeinen keine Veränderung zu verzeichnen; sie war für Militärtuche wie im Vormonat im ganzen gut beschäftigt und arbeitete zum Teil auch nachts. Für Saison- und Stapelware ist der Geschäftsgang schlechter als im Vorjahr.

Die Leinen- und Halbleinenwebereien Schlesiens haben teilweise eine Verbesserung des im ganzen guten Geschäftsganges zu verzeichnen. In den Fabriken, welche für Militärbedarf arbeiten, wird die Beschäftigung als eine sehr gute bezeichnet. Die Geschäftslage ist im Vergleich zum Vorjahr nicht nur für den Militärbedarf besser, sondern sie wird auch für das sonstige Geschäft als besser angegeben. Es wird über Lohnerhöhungen berichtet.

Für die Samtindustrie wird ein Abflauen des Marktes festgestellt. Für Samtband hat dagegen die bereits im Vormonat zu meldende Besserung fortgedauert. Auch für Seidenstoffe ist eine Besserung der Beschäftigung hervorgetreten. Die Belebung des Geschäfts wird in erster Linie auf eine Steigerung des Verbrauchs infolge Begünstigung der Seidengewebe durch die Mode zurückgeführt. Die Beschäftigung in der Seidenstoffindustrie war im November v. J. besser als im November 1914.

In der Strumpfwarenverfertigung herrschen die gleichen Verhältnisse wie im Oktober. Hinsichtlich der Herstellung wollener und seidener Wirk- und Strickwaren (wie Westen und dergleichen) wird eine Verbesserung infolge von Aufträgen für die Heeresverwaltung verzeichnet; der Beschäftigungsgrad wird hier als ziemlich gut bezeichnet.

Die süddeutsche Trikotwarenfabrikation weist keine wesentliche Veränderung dem Vormonat gegenüber auf.

Die sächsische Spitzenindustrie hat eine vermehrte Nachfrage für einzelne Waren auf dem Inlandsmarkt erfahren, während das Auslandsgeschäft vollständig daniederliegt.

Die Lage der mechanischen Kunstzwirnereien ist nach der vorliegenden Berichterstattung ungefähr die gleiche geblieben wie im Vorjahr; dem Vormonat gegenüber ist sie etwas ruhiger ausgefallen.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten teils den gleichen Beschäftigungsgrad wie im Vormonat aufzuweisen, teils fand eine Einschränkung statt. Teuerungszulagen wurden wie in den Vormonaten weitergezahlt.

Die Roßhaarspinnereien erfreuten sich infolge Zunahme der Heeresaufträge einer Verbesserung dem Oktober gegenüber.

Für die Färbereien und Appreituranstalten wird ein Abflauen des Beschäftigungsgrades nicht nur dem Vormonat gegenüber gemeldet, sondern es wird auch angegeben, daß der Zustand im November 1914 ein besserer war.

Aus dem Spinn- und Webstoffgewerbe berichteten 782 Betriebskrankenkassen mit einem Bestand am 1. Dezember von 87131 männlichen und 162232 weiblichen versicherten Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich zum 1. November ergab sich eine Abnahme der männlichen Beschäftigungsziffer um 2,28 v. H. und eine solche der weiblichen Beschäftigung um 0,05 v. H.

Zwei Arbeiterverbände des Spinn- und Webstoffgewerbes zählten unter 68070 berichtenden Mitgliedern im November 8,9 v. H. Arbeitslose gegenüber 11,0 v. H. im Vormonat.

Aus dem Verbandsgebiete.

Kriegsnotstandsunterstützung.

Die Auszahlung der Kriegsnotstandsunterstützung an die gänzlich arbeitslosen Mitglieder für die Zeit vom 19. Dezember 1915 bis 8. Januar 1916 (26. Auszahlungswoche) findet in der Woche vom 9. Januar bis 15. Januar 1916 statt.

Ortsgruppen, die bis zum 7. Januar 1916 die Listen noch nicht erhalten haben, wollen dieses im Bedarfsfalle der Zentrale mitteilen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Greiz. Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter und -Arbeiterinnen im Fürstentum Reuß ä. L. Ueber dieses Thema sprach am 2. Weihnachtsfeiertag in sehr gut besuchter Versammlung Kollege Rödel. Er führte aus: Wir stehen heute bereits im 16. Kriegsmonat. Kein Mensch hätte einen Krieg von derartiger Dauer und von solchem Umfang für möglich gehalten. An beidem ist einzig und allein England schuld, dasselbe England das sich gerühmt hat und sich heute noch rühmt, das christlichste Volk der Welt zu sein. Es predigte in erster Linie den Haß gegen Deutschland und ging sogar soweit, das deutsche Volk aushungern zu wollen, was ihm allerdings Gott sei Dank nicht gelang und auch niemals gelingen wird. Allerdings hat unsere Industrie unter der Unterbindung der Rohstoffzufuhr sehr zu leiden. Wir erhalten weder Wolle noch Baumwolle. Trotzdem brauchen wir den Mut nicht zu verlieren, auch hier ist wieder vorgesorgt worden, um einer größeren Notlage der Textilarbeiter möglichst vorzubeugen. Unsere Textilarbeiter können jetzt den kommenden Zeiten ruhig entgegen gehen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung verschafft den durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Textilarbeitern eine Erleichterung ihrer Lage.

Hierauf gab der Redner die Grundsätze und Bestimmungen für die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung bekannt. Sie sind in 15 Paragraphen zusammengefaßt.

Zur Regelung der Arbeitslosenunterstützung werden von allen Stadt- und Landgemeinden Ausschüsse gebildet, die aus je drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zusammengesetzt sind. Den Vorsitz führt der Gemeindevorstand. Für die Stadt Greiz wurde von unserer Ortsgruppe der Kollege Schmidt in den Ausschuß beordert.

Was uns die Einrichtung noch wertvoller erscheinen läßt, ist die Einsetzung eines Landesausschusses, der über Beschwerden wegen ungerecht erscheinender Behandlung zu entscheiden hat. Die Zusammensetzung des Landesausschusses entspricht unseren Wünschen. Ihm gehört als Vertreter unserer Ortsgruppe Kollege Rödel als Mitglied an. Alle Mitglieder wollen sich deshalb in Beschwerdesachen an ihn wenden. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil.

Als Kartellvertreter für die Landeskommission wurden die Kollegen Adolf Pöhler und Konrad Zeitler vorgeschlagen. Letzterer wurde mit Stimmenmehrheit gewählt.

Hierauf ergriff Kollege Kanis, der aus dem Felde in Urlaub gekommen war, das Wort, um sich zunächst für die ihm zugesandten Liebespakete zu bedanken. Redner gab dann seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß wir siegen werden, weil unsere Sache gerecht und mit dem gerechten Gott sei.

Zum Schluß richtete Kollege Rödel noch einmal an alle Kollegen und Kolleginnen den Appel treu zur Fahne zu halten und die Ortsgruppenleitung, die ihre ganze Kraft für unsere gute Sache einsetzt, kräftig zu unterstützen. Die anwesenden Unorganisierten forderte er auf, sich dem Verbande anzuschließen, da sie doch zugeben müßten, daß der Verband sich auch für sie ins Zeug lege und sie von den erreichten Vorteilen mit genießen, der Erfolg waren zwei Ausnahmen.

Der Versammlung schloß sich ein gemütliches Zusammensein an. Kollege Geyer sowie Fräulein Rödel und Fräulein Geyer gaben einige interessante der Zeit entsprechende deklamatorische Vorträge zum Besten, die vielen Anklang fanden. Befriedigt von dem Gehörten, gingen schließlich die Versammlungsteilnehmer auseinander.

Oggersheim. „Rohstoffknappheit in der Textilindustrie und deren soziale Folgen." lautete das Thema, das Kollegin Harder am 12. Dezember in einer interessant verlaufenen Versammlung im St. Antoniushaus behandelte. Aus deren Ausführungen sei Folgendes hervorgehoben: Die Rohstoffknappheit, insbesondere in der Baumwollindustrie, ist eine Folge der von England getroffenen Maßnahmen, um den Aushungerungsplan gegenüber der deutschen Industrie durchzuführen. Damit dieses Ziel möglichst verhindert werde, sind bereits gesetzliche Bestimmungen eingeführt worden, Herstellungsverbote und Arbeitszeitbeschränkung. So wertvoll diese Bestimmungen zur Streckung der vorhandenen Rohstoffe sind, immerhin wird die Arbeiterschaft durch die Produktionseinschränkung zur Jetztzeit hart betroffen. Da eine gänzliche Lahmlegung einzelner Betriebe auch nicht ausgeschlossen ist, droht sogar völlige Arbeitslosigkeit. Von sozial weitblickenden Persönlichkeiten sind bereits Mittel und Wege gesucht worden, um der Textilarbeiterschaft, die als ein Opfer des Krieges bezeichnet werden kann, über die kommende schwere Zeit einigermaßen hinwegzuhelfen. Besonders verdienen genannt zu werden die Bemühungen des Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes, Herrn Reichstagsabgeordneten Schiffer, auf dessen Antrag der Reichstag bekanntlich im August einen ansehnlichen Betrag für soziale Zwecke bewilligt hat. Das Reich stellt somit für die Unterstützung der infolge der Kriegsmaßnahmen erwerbslos werdenden Textilarbeiter Mittel zur Verfügung. Auch die Kgl. Bayerische Staatsregierung hat einen Teil der nötigen Aufwendungen übernommen. Die in Bayern in Betracht kommenden Gemeinden, sowie Arbeitgeber der Textilindustrie tragen verschiedentlich ebenfalls schon zu den aufzuwendenden Mitteln bei. Auf dieser Grundlage ist bereits in Augsburg und einigen anderen Gemeinden eine Kriegsfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter eingerichtet worden. Auch für die Gemeinden der Pfalz wird in Bälde die Einführung einer solchen Fürsorge dringlich werden. In der Aussprache wiesen die beiden Herren Vertreter der Stadtverwaltung darauf hin, daß von der Stadt Oggersheim bereits Schritte unternommen wurden, um die Fürsorge in die Wege zu leiten.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der deutsche Arbeitsmarkt im November 1915. Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarkts im November 1915 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt" in seinem Dezemberheft, wie folgt:

„Der Beschäftigungsgrad der Industrie erweist sich in den meisten Gewerbezweigen reger als im gleichen Monat des Vorjahrs, trotzdem im November 1914 die schnelle Erholung der Industrie von den Störungen, die der Kriegsausbruch mit sich brachte, bereits voll zur Geltung kam. Abgesehen von der Lage des Webstoffgewerbes wie des Baumarktes ist der Geschäftsgang im allgemeinen wiederum als befriedigend und für die Hauptindustrieen der Kriegswirtschaft als gut und recht gut zu bezeichnen. Am lebhaftesten beschäftigt sind nach wie vor Bergbau und Hüttenwesen wie die meisten Zweige der Eisen- und Maschinenindustrie. Die chemische Industrie, die gleichfalls an den Kriegsaufträgen stark beteiligt ist, zeigt eine im ganzen unveränderte Geschäftslage; im Vergleich zum Vormonat treten Anzeichen von Steigerungen des Beschäftigungsgrades in der elektrischen Industrie wie auch im Holzgewerbe verschiedentlich hervor und die Belebung in der Seidenindustrie hat auch im Berichtsmonat weitere Fortschritte gemacht.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Dez. 1915, dem 1. November gegenüber, eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 68253 oder 1,58 v. H. im Vergleich zu einer Verminderung um 1,69 im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 22688 oder 0,64 im Vergleich zu einer Steigerung um 1,84 v. H. im Vormonat eingetreten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 45565 oder 0,58 v. H. im Vergleich zu 0,12 v. H. im Vormonat abgenommen. Die nicht unbeträchtliche und von Monat zu Monat in der Regel anwachsende Zahl der in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

Von 861862 Mitgliedern, über welche von 34 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21917 oder 2,5 v. H. arbeitslos. Die gleiche Arbeitslosenziffer von 2,5 hatte sich auch für den Oktober, für den 36 Fachverbände über 902513 Mitglieder berichteten, ergeben. Im November 1914 hatte die Arbeitslosigkeit noch 8,2 v. H. betragen. Im entsprechenden Monat des letzten Friedensjahres, im November 1913, stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 3,1 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat unveränderte Lage bei den Männern und eine Abnahme des Andranges bei den Frauen. Es entfallen nämlich auf 100 offene Stellen bei den Männern im November 1915 89 Arbeitsuchende, also die gleiche Zahl wie im Vormonat, und bei den Frauen 179 Arbeitsuchende im Vergleich zu 182 im Oktober d. J. Beim Vergleich des Gesamtergebnisses mit dem des November 1914 ergibt sich eine Abnahme der Arbeitsgesuche um 205000, der offenen Stellen um 76000 und der besetzten Stellen um rund 62000. Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Rheinland eine erhebliche Steigerung der Vermittlungszahlen im Bergbau erkennen, der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie zeigte dieselbe Entwickelungsrichtung wie in den Vormonaten. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte Rheinlands ging das Angebot der Arbeitskräfte bei gleichbleibender Nachfrage sehr stark zurück. In Westfalen zeigte sich im allgemeinen dasselbe Bild wie im Vormonat. Das gilt im ganzen auch für Hessen-Nassau, Waldeck, Hamburg und Schlesien. In Hannover konnte der Bedarf an Arbeitern durch Einstellung weiblicher Arbeitskräfte nicht voll gedeckt werden. Ein teilweiser Rückgang zeigte sich in Schleswig-Holstein, Brandenburg-Berlin und Pommern. In Bayern und Württemberg hat sich die Lage im ganzen gebessert, in Baden ist keine wesentliche Aenderung eingetreten."

Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Joseph Bösing aus **Rhede;**
Michael Schröder aus **Ingenbroich.**

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Bernhard Schulte aus Coesfeld.
Heinrich Knipper aus Bocholt.
Anton Pöppelmann aus Coesfeld.
Anton Karschkes aus Viersen.
Hermann Röllen aus Viersen.
Johann Montag aus Lechhausen.
Simon Radermacher aus Eupen.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Düsseldorf. 16. Januar, 5½ Uhr, im Lokale Wtw. Hahnen, außerordentliche Versammlung.

Rheydt. 16. Januar, in der Bürgergesellschaft, Generalversammlung. Kriegerfrauen sind eingeladen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Jahreswende. — Aus dem Reichstag. — Fürsorgemaßnahmen der Stadt Mülhausen (Elsaß). — **Feuilleton:** Der Ihrige. — **Allgemeine Rundschau:** Unternehmer und Kriegsbeschädigtenfürsorge. — Krankengeld nur für fünf statt für sechs Tage. — Gewinnbeteiligung der Arbeiter. — Zum Ablauf der Tarifverträge im Baugewerbe. — Die „billigen" Schuhe ohne Leder. — **Aus unserer Industrie:** Zur Einschränkung der Arbeitszeit. — Das Spinn- und Webstoffgewerbe im Monat November. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Kriegsnotstandsunterstützung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Greiz. — Oggersheim. — **Volkswirtschaftliches und Soziales:** Der deutsche Arbeitsmarkt im November 1915. — Das Eiserne Kreuz. — Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Franz Fischer, Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7.